

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (0228) 21 90 33/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 174

11. September 1980

Juan Contrevas, Sprecher der Unidad Popular in der Bundesrepublik Deutschland, weist nach, wie Junta-Chef Pinochet 1978 eine Million Stimmen "herbeizaubern" ließ: "Volksentscheid" ein Betrug.
Seite 1-3

"Volksentscheid" ein Betrug

Pinochet ließ 1978 mindestens eine Million Stimmen "herbeizaubern".

Von Juan Contrevas
Sprecher der Unidad Popular in der Bundesrepublik Deutschland

Fritz Sänger vergleicht die Persönlichkeit des Bundeskanzlers mit der seines Herausforderers: Schmidt contra Strauß.
Seite 4/5

Vor der Presse und "mehreren persönlichen Freunden", darunter Angehörige der chilenischen Luftwaffe im aktiven Dienst, hat Ex-Juntamitglied Leigh zum Plebiszit vom 11. September Stellung bezogen, bei dem es, seiner Meinung nach "um einen erneuten Angriff desjenigen" (Pinochet) handelt, "der nach einer Institutionalisierung seiner persönlichen, absolutistischen und außerhalb jeder moralischen Regel stehenden Diktatur strebt". "Es geht um eine hybride Angelegenheit, die - weder Monarchie noch Republik - auf keinen Fall als Demokratie bezeichnet werden könnte." (Revista Hoy, 27. August bis 2. September)

Liesel Hartenstein MdB zum Jahresbericht des Umweltschutzamtes: Umweltschutz als Daueraufgabe (Teil II).
Seite 6/7

Gegenüber der Nachrichtenagentur EFE, sagte Leigh: "Es gibt da eine Bestimmung, der zufolge der Präsident der Republik willkürlich über Deportierungen, Verweigerung der Einreise ins Land, Verbannungen und selbst über Verhaftungen für zwei Wochen entscheiden kann." Dazu führte er dann weiter aus: "Mit dieser Segnung von einem Volksentscheid bekommen wir also ein Regime, das alle Regierungsmacht in seinen Händen hat und die Macht, über das Hab und Gut und das Leben der Chilenen zu befinden."

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Leigh führte weiter aus, daß das unter diesen Umständen einberufene Plebiszit nicht den Willen der Nation widerspiegelt und der von der Junta bereits gebilligte Verfassungsentwurf jeglicher Gültigkeit entbehrt, da die verschiedenen Strömungen der öffentlichen Meinung des Landes nicht an seiner Ausarbeitung teilgenommen haben. Was soll man, unter diesen Umständen, noch große Ausführungen über die Pressefreiheit machen, fragt Leigh: "Wenn sie jetzt schon über alle Pro-



bleme entscheiden und alles im Vertraulichen und Geheimen gemacht wird, wie wird das denn erst nachher sein?"... "Eine diktatorische und absolutistische Regierung wie die des Herrn Pinochet, wird das Land niemals an ein gutes Ende führen."

Leigh sagte weiter, er glaube, daß nicht einmal die Juntamitglieder jemals das wirkliche Resultat des Referendums erfahren würden. "Genau wie wir sie damals am 4. Januar 1978, bei der vorigen Volksbefragung nicht erfahren haben. Nie haben wir exakte Zahlen erfahren. Und wie sollten wir sie auch erfahren, wo doch so viele Leute an der Auszählung mitpfuschen? ... Die Bürgermeister, die Gouverneure, die Intendenten. Außerdem muß ich zugeben, daß es viele Leute gegeben hat, die sich in meiner Anwesenheit brüsteten, all ihre Wahlprotokolle mit Stimmergebnissen ausgefüllt zu haben, die überhaupt niemals existiert haben."

In ihrer Ausgabe vom 3. bis 9. September erinnert die Zeitschrift "Hoy" daran, daß es Kräfte gibt, die zu den Parlamentswahlen von 1973 einen angeblichen "Wahlbetrug" anprangerten und zur "Reinheit" der Wahlen aufriefen, die aber heute auf der anderen Seite der Barrikade stehe. Das ist der Fall bei Herrn Maximiano Errázuriz, eines Anhängers des gegenwärtigen Systems. Im Mai 1980 schrieb dieser in einem Artikel in "La Tercera", seiner Meinung nach sei, für ein eventuell anstehendes neues Referendum, dieses Jahr (1980) am geeignetsten. Und er gab dafür Gründe an: Dies sei der Fall, wegen des Verbleibs des damaligen Obersten (und heutigen Generals) Enrique Montero Marx in seinem Amt als Staatssekretär im Innenministerium, nämlich "wegen der tiefen Kenntnisse, die er ... von fast allen Bürgermeistern hat, sowie wegen des Respekts und der Wertschätzung, die sie alle für diesen hohen Beamten hegen ... (das) sind wichtige Faktoren für das Gelingen des Plebiszits". Gleichzeitig meinte Errázuriz, die gegenwärtigen Gouverneure und Intendenten würden die am besten zur Anleitung der Propaganda und Verbreitung des Verfassungstextes geeigneten Personen genau kennen, die also imstande wären, die Bürger für die Unterstützung des Verfassungsentwurfs zu gewinnen "um die größtmögliche Stimmenzahl zu gewinnen".

Nun, heißt es in "Hoy", ist alles bereit, genau wie Errázuriz es damals vorgeschlagen hat.

"Hoy" gibt in seiner oben genannten Ausgabe vom 3. bis 9. September gewisse Daten bekannt, die ein bezeichnendes Licht auf die "Sauberkeit" der "Volksabstimmung" vom Januar 1978 werfen.

Stimmberechtigte und im Wählerverzeichnis Eingetragene

1970-1971-1973

(Tabelle Nr. 1)

	Stimmberechtigte	Eingetragene	Eingetragene (Prozent)	Abgegebene Stimmen	Stimmenthaltung (Prozent von Eingetragenen)
1970	3.784.716	3.544.119	93,6	2.954.799	16,6
1971	5.126.089	3.792.682	74,0	2.835.402	25,2
1973	5.376.906	4.510.060	83,9	3.661.898	18,8



Stimmenthaltung im Vergleich zu Stimmberechtigten

1970-1971-1973-1978		(Tabelle Nr. 2)	
	Stimmberechtigte (x)	Abgegebene Stimmen	Stimmenthaltung
1970	3.784.716	2.954.799	21,9
1971	5.126.089	2.835.402	44,7
1973	5.376.908	3.661.898	31,9
1978	6.087.453	5.566.288	8,6

(x) nach einer Studie des (amtlichen) Nationalen Instituts für Statistik

1978, nach verschiedenen Hypothesen, mögliche Stimmabgabe

(Tabelle Nr. 3)

		Differenz in Bezug auf das offizielle Resultat (Stimmen)
Stimmabgabe laut offiziellem Resultat	5.566.288	
Mögliche Stimmabgabe bei:		
a/ Prozent Eingetragene wie 1973		
b/ Stimmenthaltung wie 1973 in Bezug auf Eingetragene	4.148.640	1.417.648
Mögliche Stimmabgabe bei:		
a/ Prozent Eingetragene wie 1973		
b/ Stimmenthaltung wie 1970 in Bezug auf Eingetragene	4.219.571	1.346.717
Mögliche Stimmabgabe bei:		
a/ Prozent Eingetragene wie 1973		
b/ Hälfte der Stimmenthaltung von 1970 in Bezug auf Eingetragene	4.638.770	927.518

Es gab also 1978 laut "Hoy" einen Überschuß von einer bis anderthalb Millionen Stimmen. Diese Schlußfolgerung des Spezialisten Jorge Chateau, stimmt mit der des Wahl-
experten der (ehemaligen) Nationalen Partei überein, der damals von "nicht mehr als
fünf Millionen" Wählern sprach.

Bei der "Volksabstimmung" vom 4. Januar 1978 wurden also eine bis eineinhalb Millionen
Stimmen erfunden, denn das Ergebnis wurde mit 5,5 Millionen angegeben.

Das heutige Plebiszit in Chile ist nach diesen Erfahrungen der gleiche Betrug.
(-/11.9.1980/ks/ca)

+ + +



Schmidt contra Strauß

Der Bundeskanzler und sein Herausforderer

Von Fritz Sänger

Menschen zu beurteilen, die so klar verschieden in ihren Naturen, so gegensätzlich sind wie Helmut Schmidt, der Bundeskanzler, und Franz Josef Strauß, der Bundeskanzler werden möchte - das ist nun wirklich keine Aufgabe, die Freude bereitet.

Deshalb hat es auch gar keinen Sinn, diese beiden Zeitgenossen einander gegenüberzustellen, wenn man nicht in aller Offenheit das schreiben würde, was nach sorgfältigen Bedenken und Überlegungen zu schreiben nötig und nützlich erscheint.

Deshalb ist dies der mir am dringlichsten erscheinende Satz: Helmut Schmidt ist eine im Strom der Zeit sich ständig neu prüfende und bildende reife Persönlichkeit, Franz Josef Strauß ist es nicht. Er blieb - dies ist nicht körperlich bezogen, wie ich Überhaupt nicht zu polemisieren beabsichtige - auf manchen Gebieten zu klein, zu unbeholfen, auf vielen unausgereift und deshalb verworren, unglaubwürdig und insgesamt mit sich uneins, weshalb er sich nicht selbst kontrollieren und führen kann. Er läßt sich gehen. Strauß rutscht aus, zuweilen schlägt er gar hin.

Ich habe auch Schmidt schon einmal - einmal in vielen Jahren - bei einem Ausrutscher erlebt, öffentlich, im Deutschen Bundestag. Aber er schlug nicht hin. Er war nicht nicht - ich saß genau hinter ihm - in Gefahr. Die Situation war einmalig. Bei Strauß entsteht sie häufig und vielfältig. Schmidt sprang von seinem Sitz in der ersten Reihe auf. Er wollte protestieren. Ich weiß den Ausdruck nicht mehr, aber er führte zu keinem Ordnungsruf. Er hatte sich in der Gewalt. Der Redner am Pult und Widersacher aus dem Plenumbatten sich ineinander verhakelt. Zur Sache kam nichts mehr heraus. Da protestierte Helmut Schmidt, kurz hart, eindeutig - und setzte sich.

Als Journalist habe ich auch Franz Josef Strauß erlebt, nicht nur als Kollege im Bundestag, sondern viele Male, wenn er in einer Saale auf dem Podium stand und ich ihn von der Seite her beobachten und anhören konnte, den Menschen, der als Politiker aufzutreten bemüht war, der aber ein Werber ein Agitator und nicht selten auch ein Querulant wurde.

Die Wörter strömen aus einem unaufhaltsam zuckenden Munde, und weder Herz noch Verstand kontrollieren sie. Ein Artist des Redens, nicht ein Beherrscher der Redekunst, spielt er mit ihnen wie jener mit Bällen und Ringen, ein bunter Zauber, dem viele lachend zuschauen. Fetzen eines einst gelernten historischen und okomischen Wissens fliegen heraus. Sie sollen das Bild verdeutlichen, das der Redner dem Hörer einprägen möchte. Er will ihn nicht denken lassen, er will ihn gewinnen. Die vorbedachten Wendungen der stürmischen Rede kommen an. Die Masse im Saal hat nur geringe Chancen. Sie überläßt sich den Wallungen der aufgewühlten, gereizten Gefühle. Erst später, am Arbeitsplatz oder am Familientisch erinnern sich die Hörer der einen oder anderen Behauptung. Warum war der Mann so laut, so aufgeregte, warum eigentlich zitterte er öfter?

Der andere, der "Macher", spricht anders. Seine Worte kommen langsam, bedächtig, fast zögernd heraus. Er scheint nach dem treffenden Wort zu suchen und beachtet den Wert des Wortes. Dann stößt er plötzlich in die Trompete, und mit starker Stimme zerreißt er pointiert ein allzu unklares buntes Bild. Schmidt spricht so gut wie nie von sich und seinem Wissen. Er wendet es an und spricht über die Dinge, um die es in der prak-



tischen Arbeit des Politikers geht. Nicht alle seine Analysen mögen jeder Kritik standhalten, nicht alle seine Pläne und Lösungen gefallen jedem. Schmidt differenziert, was das Verstehen nicht immer erleichtert, aber der Kenntnis der Wirklichkeit und der Umstände unersetzlich dient. Der weit mehr als vom Redner Strauß beanspruchte Hörer empfindet, daß es hier um einen Sachverhalt geht, um eine brauchbare Antwort auf eine offene Frage. Er wird beteiligt, auch ins Vertrauen einbezogen. Er ist, der Hörer, einer, der nun fast ein Mitmacher wird. Schmidt spricht von Tatsachen, von realen Möglichkeiten, und er spricht so, daß man es verstehen kann, das Wort und das Problem. Denen, vielen, die das Geschehen, die notwendigen Reformen im Lande und in der weltpolitischen Entwicklung schneller und sichtbarer vorantreiben wollen, geht es zu gemächlich, über zu viele Umwege weiter. Kann es anders gemacht werden?

Schmidt läßt, indem er langsam, berichtend, informierend und nicht mit ständig wechselnden Behauptungen zu den Hörern spricht, die Hörer mitgehen. Sie können mindestens für sich überlegen, wie sie es denn tun würden. So sind sie dabei.

Franz Josef Strauß spricht zuerst und immer wieder über und von sich. Er hat es immer schon vorher gewußt, immer schon und oft vorausgesagt. Er war zwar oft das Gegenteil von dem, was heute von ihm ausgesprochen wurde, aber das schert ihn nicht, wenn die Hörer nur in Schwung kommen. Franz Josef Strauß "weiß" zuviel zu genau, weiß es endgültig - wie einst, als er den Auftrag für den Kauf des Schützenpanzers HS 30, für den es noch nicht einmal ein Anschauungsstück gab, und als er über den Starfighter F 104 entschied, der dann in unseren Breitengraden in endlos erscheinender Reihe abstürzte. Viele Millionen Deutscher Mark wurden sinnlos verloren, viele Menschenleben vernichtet. Diesem Manne mangelt es an Sorgfalt, an Geduld, an der Liebe zum Detail und zur redlichen, bestätigten Wahrheit.

Wenn Helmut Schmidt über politische Besuche oder Besucher berichtet "weiß" Franz Josef Strauß in schneller und oft vorschneller Kritik, daß der Bundeskanzler die Interessen seines Landes vernachlässigt habe.

Wenn Franz Josef Strauß von seinen Besuchen in Chile, Südafrika, Ägypten, in Rumänien, in den USA oder wo immer er sonst war, heimkehrt, so war immer alles in bester Ordnung. Er war stets in bestem Einvernehmen mit seinen Gesprächspartnern, ob es der Kommunist oder der radikale Reaktionär, ob es der Demokrat oder Rassist war, mit dem er gerade gesprochen hatte. Diesem Manne, der Kanzler werden möchte, fehlt die Gabe zu aufgliedernder, genauer und zur Wahrheit vordringender Unterscheidung, ihm fehlt der Mut zum charaktervollen Distanzieren. Würde er gezwungen sein, unter kritischer Kontrolle zu berichten - was mag von den Leistungen bleiben, die er gern aufzählt und für die der Bürger des Landes ihm zu danken hätte?

Wenn man diese beiden Zeitgenossen in ihren Anlagen, ihren Möglichkeiten und ihrem effektiven Tun miteinander zu vergleichen hat, ist das Ergebnis dennoch einfach: Der eine sieht sich in der Verpflichtung einer Aufgabe, die er in seinem Amte zu lösen hat. Er analysiert, er prüft, läßt prüfen und handelt. Der andere will sich, sein Weltbild durchsetzen. Er polemisiert, behauptet, er übergeht eine lange Reihe verfehlter und fragwürdiger Entscheidungen mit Schweigen.

Dies muß geschrieben werden. In der Demokratie ist der Verzicht des Bürgers auf die Wahrnehmung freiheitlicher Rechte ein Freibrief, den er einem heimlichen Machtwillen ausstellt.
(-/11.9.1980/hi/ca)

+

+

+



Umweltschutz als Daueraufgabe (Teil II)

Jahresbericht weist auch offene Flanken der Umweltpolitik aus

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Umweltpolitik" der SPD-Bundestagsfraktion

II Für die Zukunft gilt:

Das Verkehrslärmschutzgesetz muß unverzüglich verabschiedet werden, weil es kurzfristig der einzige Weg ist, gesundheitsschädliche Lärmbelastungen zu vermindern. Zusätzlich muß eine konsequente Umsetzung des von der Bundesregierung im Juni 1979 beschlossenen "Aktionsprogramm Lärmschutz an Straßen und Schienen" erfolgen. Dazu gehört auch, daß die Kommunen von den Möglichkeiten verkehrsberuhigender und verkehrsbeschränkender Maßnahmen Gebrauch machen, die ihnen mit der am 1. August 1980 in Kraft getretenen Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes eröffnet worden sind. Ferner ist dem Punkt: Lärmreduzierung an der Quelle, also dem Bau leiserer Kraftfahrzeuge, vorrangig Beachtung zu schenken. Der Jahresbericht des Umweltbundesamtes läßt keinen Zweifel daran, daß das Auto weiterhin Umweltproblem Nr. 1 bleibt. Seit zehn Jahren, so der Bericht, seien bei der Geräuschemission keine entscheidenden Fortschritte erzielt worden. Daß die Technik längst die Mittel zur Lärminderung kennt, zeigt der "flüsternde LKW", bei dem das Fahrgeräusch um 13 db(A) und damit um mehr als die Hälfte reduziert ist. Auch der nervtötende Lärm der Kleinkrafträder muß durch entsprechende Bauvorschriften spürbar zurückgeschraubt und das mutwillige "Frisieren" der Fahrzeuge geahndet werden. Hier fällt der polizeilichen Kontrolle und damit den Ländern eine wichtige Aufgabe zu. Auf EG-Ebene sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um bald eine einheitliche stufenweise Absenkung der Geräuschemissionswerte für die verschiedenen Fahrzeugarten zu erreichen.

Bei der Abfallbeseitigung muß die Fortschreibung des Abfallbeseitigungsgesetzes in Richtung auf Abfallwirtschaft erfolgen, bei der sichergestellt ist, daß Abfallstoffe in größerem Maße als bisher für die Wiederverwendung zurückgewonnen werden, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Der entsprechende Gesetzentwurf liegt bereits vor.

Der Gewässerschutz muß verstärkt, die Einleitung giftiger Abwässer, beispielsweise aus Chemiewerken, in unsere Flüsse muß strikt unterbunden werden. Vollzugsprobleme auf der einen Seite und Einschränkung des Handlungsrahmens durch EG-Recht oder internationales Recht auf der anderen kennzeichnen sehr stark den gegenwärtigen, weit-



hin noch unbefriedigenden Stand des Umweltschutzes. Dennoch kann dies kein Grund sein, erkannten Gefahren nicht entschieden entgegenzutreten.

Als Beispiele seien genannt:

- der Abbau der schützenden Ozonhülle um die Erde durch Fluorkohlwasserstoffe, die in den sogenannten Treibgasen enthalten sind,
- die Zunahme der Meeresverschmutzung zum Beispiel durch fortgesetztes legales "Verklappen" von Giftmüll in der Nordsee sowie durch Einleiten von Millionen Tonnen Schadstoffen, die die Flüsse ins Meer transportieren. Dazu gehört auch die ständige Gefahr der Meeresverschmutzung durch Ölkatastrophen.

Umweltschutz bleibt eine Daueraufgabe, sowohl in der täglichen Praxis der Haushalte, der Wirtschaft und der Kommunen wie auch für die Gesetzgeber. Der Grundkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie ist nicht gelöst, er muß aber gelöst werden, wenn Rohstoffe, Landschaft, saubere Luft und Wasser auch für die künftigen Generationen ausreichend vorhanden sein sollen. In der Güterabwägung werden künftige Entscheidungen vielfach anders ausfallen müssen als vergangene; die Umweltverträglichkeitsprüfung bei Industrieanlagen, Siedlungsbauten und Verkehrsplanungen muß ein fester Bestandteil politischer und behördlicher Entscheidungen sein. Dafür sind einheitliche Kriterien und exakte Verfahrensrichtlinien zu erarbeiten. Der Gedanke der Erhaltung der Umwelt und des Schutzes der Natur muß dabei gleichrangig neben wirtschaftlichen Aspekten stehen. Für die Umwelt-Seite wird bei der Abwägung zu Buche schlagen, daß der oft beschworene Gegensatz Umweltschutz und Arbeitsplätze sich als Scheinkonflikt entpuppt: Der Bericht des Umweltbundesamtes verzeichnet, daß man von einem jährlichen "Umweltschutzinduzierten positiven Beschäftigungseffekt von 200.000 bis 250.000 Arbeitsplätzen" ausgehen könne - ein Ergebnis, das durch mehrere Untersuchungen wirtschaftswissenschaftlicher Institute erhärtet ist.

(-/11.9.1980/hl/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

